



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 12. November 2009 (23.11)**

**15970/09**

**COPEN 229**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

Absender:	Jessika Auken, JI-Referentin, Ständige Vertretung Dänemarks bei der Europäischen Union
Empfänger:	Rat der Europäischen Union, Generalsekretariat
Eingangsdatum:	21. Oktober 2009
<u>Betr.:</u>	Rahmenbeschluss 2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen – Notifizierungsschreiben Dänemarks

---

**Betreffend die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen durch Dänemark**

Beiliegend erhalten Sie Informationen zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses durch Dänemark.  
Etwaige Fragen können gerichtet werden an:

Herrn Nicolai Pii  
Ministerium der Justiz  
Slotsholmsgade 10  
DK-1216 København K  
Tel.: +45 72 26 86 01  
Fax: +45 33 92 26 89  
E-Mail: nipjm.dk

(gez.) Jessika Auken  
JI-Attaché

25. September 2009

**Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen durch Dänemark**

Unter Bezugnahme auf Artikel 3 Absatz 1, Artikel 19 und Artikel 22 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen teilt das Ministerium der Justiz dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission Folgendes mit:

1. Umsetzung in dänisches Recht (Artikel 22 Absatz 2)

Artikel 22 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen sieht vor, dass die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen treffen, um diesem Rahmenbeschluss bis zum 24. November 2008 nachzukommen.

Artikel 22 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses sieht vor, dass die Mitgliedstaaten dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission den Wortlaut der Bestimmungen mitteilen, mit denen sie die sich aus diesem Rahmenbeschluss ergebenden Verpflichtungen in ihr innerstaatliches Recht umgesetzt haben.

Die dänische Regierung teilt Ihnen hiermit mit, dass der Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen mit Gesetz Nr. 1434 über die Vollstreckung bestimmter Entscheidungen in Strafsachen in der Europäischen Union, mit dem auch der Rahmenbeschluss 2003/577/JI vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union und der Rahmenbeschluss 2005/214/JI vom 24. Februar 2005 die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen umgesetzt werden, in dänisches Recht umgesetzt worden ist.

Eine Abschrift des Gesetzes ist beigelegt (*Anlage 1*); in Bezug auf die Anerkennung von Einziehungsentscheidungen wird insbesondere auf Abschnitt IV (Kapitel 7 über die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen, Kapitel 8 über das Verfügungsrecht über eingezogene Vermögensgegenstände und Kapitel 9 über Erstattung) und Abschnitt V (Kapitel 10 über Formerfordernisse usw., Kapitel 12 über die Bearbeitung von Ersuchen um Vollstreckung von endgültigen Einziehungsentscheidungen und Kapitel 13 über die Übermittlung von Ersuchen um Vollstreckung von Entscheidungen in Strafsachen an einen anderen Mitgliedstaat) verwiesen.

Das Gesetz ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten und gilt für Vollstreckungersuchen, die nach diesem Datum gestellt werden; hierzu wird auf Paragraph 62 des Gesetzes verwiesen.

Beiliegend erhalten Sie ferner den Vorschlag für ein Gesetz über die Vollstreckung bestimmter Entscheidungen in Strafsachen in der Europäischen Union (L 5), der am 6. Oktober 2004 vorgelegt wurde (*Anlage 2*). Die Erläuterungen zu dem Vorschlag, der – ausgenommen Paragraph 48 des Gesetzes – unverändert angenommen wurde, enthalten eine ausführlichere Darlegung der Umsetzung der einzelnen Artikel des Rahmenbeschlusses.

Schließlich erhalten Sie ferner eine schematische Übersicht der einzelnen Artikel des Rahmenbeschlusses und der entsprechenden Bestimmungen des dänischen Rechts, die am 24. November 2008, dem Tag, bis zu dem die Umsetzung erfolgen musste, in Kraft waren (*Anlage 3*), sowie den Wortlaut der einschlägigen dänischen Rechtsvorschriften (*Anlage 4*).

## 2. Bestimmung der zuständigen Behörden (Artikel 3 Absatz 1)

Was die in Artikel 3 Absatz 1 vorgesehene Bestimmung der zuständigen Behörden anbelangt, so ist in Bezug auf Dänemark die zuständige Behörde das Ministerium der Justiz, und zwar sowohl als Entscheidungsstaat wie auch als Vollstreckungsstaat. Entscheidungen, denen die vorgesehene Bescheinigung beigelegt ist, können an folgende Anschrift übermittelt werden:

Ministerium der Justiz  
Slotsholmsgade 10  
1216 København K  
Tel.: +45 7226 8400  
Fax: +45 3392 2689  
E-Mail: [jm@jm.dk](mailto:jm@jm.dk)

### 3. Sprachenregelung (Artikel 19 Absatz 2)

Was Artikel 19 Absatz 2 anbelangt, so ist die Bescheinigung über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen in Dänisch auszufüllen.

Schließlich wird auf der Grundlage der Umsetzung des Rahmenbeschlusses in dänisches Recht ein Verwaltungsleitfaden für die Polizei und die Verfolgungsbehörde in Dänemark mit ausführlicheren Leitlinien zur Bearbeitung von Fällen, die die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen umfassen, erstellt werden. Sobald der Leitfaden vorliegt, wird er dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission übermittelt werden.

(gez. Nicolai Pii)